

und macht ihn wichtiger, als er ist. Kirche hat es nicht nötig, sich gegen jeden unflätigen Anwurf zu rechtfertigen oder sich darob zu bedauern. Sie hat als Glaubensgemeinschaft genügend humane Substanz. se

Mahnung

EKD-Stellungnahme zum Klimaproblem

„Das Prinzip einer vernünftigen Vorsorge verlangt schützende Vorkehrungen auch vor nur möglich erscheinenden Gefahren, besonders dann, wenn viele ernstzunehmende Anzeichen auf sie hinweisen und die Gefahr von nicht umkehrbaren Folgen droht“ – so lautet ein Kernsatz aus der Studie „Gefährdetes Klima – unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung“, die im Vorfeld der dieser Tage in Berlin stattfindenden 1. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen vom Beirat des Beauftragten des Rates der EKD für Umweltfragen vorgelegt wurde.

Im Expertenstreit über die Wahrscheinlichkeit künftiger Klimaveränderungen mit einschneidenden Folgen für das Leben auf der Erde bezieht die Studie nicht Partei. Vielmehr hält sie nüchtern fest, wissenschaftlich sei heute nicht sicher vorhersehbar, welche Rückwirkungen die primäre Erwärmung im Ökosystem Erde auslöse; mit noch geringerer Sicherheit und Genauigkeit ließen sich regionale Auswirkungen auf das Wetter und andere Lebensbedingungen vorhersagen. Aber gleichzeitig gilt für die Autoren: „Mit der derzeitigen Emission von Treibhausgasen manipuliert die Menschheit an einem globalen Umweltparameter von ungeheurer Tragweite.“

Zum einen listet der Text die verschiedenen konkreten Problemfelder auf, auf denen heute im Interesse der Schadensbegrenzung angesichts der Klimafährdung ein Umdenken beginnen müsse: Möglichkeiten zur CO₂-Minderung beim Umgang mit Energie, Ein-

sparpotentiale bei der Raumwärme, Förderung regenerativer Energiequellen, Veränderungen im Mobilitätsverhalten, Reduktion der klimaschädigenden Emissionen in der Landwirtschaft, Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Nord und Süd. Zum anderen stellt er das grundsätzliche Problem heraus, das sich im Zusammenhang mit den absehbaren bzw. wahrscheinlichen Klimaveränderungen stellt. Wie läßt sich erreichen, daß die einzelnen Menschen wie die politisch Verantwortlichen über den Tellerrand des Tagesgeschäfts hinausschauen und längerfristige Perspektiven in ihr Handeln einbeziehen?

Hier sieht die Studie eine wichtige Aufgabe für die Kirche. Sie sollte „der zurückgedrängten Einsicht in die Notwendigkeit einer kurzfristigen Reaktion auf eine langfristige Bedrohung so Geltung verschaffen, daß sie die Spielräume für eine diesem Problem angemessene Politik erweitern hilft“. Der Text bezeichnet die Kirche als eine wichtige gesellschaftliche Organisation, die unterschiedliche Interessen übergreife und als Anwalt derer Gehör finde, die wie die nachfolgenden Generationen keine politisch oder gesellschaftlich wirksame Stimme hätten.

An anderer Stelle heißt es, anders als die Parteien müßten und könnten die Kirchen der Bevölkerung die Augen für die Konsequenzen der aus Klimaschutzgründen geforderten Veränderungen ihrer Lebensweise öffnen: Fühlbare Einschränkungen und wirkliche Einbußen an erreichtem materiellem Lebensstandard und die Aufgabe von Besitzständen. In den Kirchen sei noch die Vorstellung lebendig, „daß die Lebensqualität nicht von einem hohen Lebensstandard abhängig ist“.

Im Vorwort zu der Studie schreibt der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Klaus Engelhardt, diese sei kein abschließendes Wort der Evangelischen Kirche in Deutschland, sondern ein Impuls für das weiterführende Gespräch über Strategien und Maßnahmen gegen die drohenden Gefahren für unser Erdklima. Dabei müsse man auch in der Kirche das Gespräch für

unterschiedliche Positionen offen halten. Damit ist nicht gesagt, daß die Kirche in ihrem eigenen Verantwortungsbereich nicht schon entsprechende konkrete Maßnahmen ergreifen könnte: Die Studie nennt hier etliche Beispiele und fordert die Landeskirchen und ihre Werke insgesamt auf, sich ein ähnlich anspruchsvolles CO₂-Reduktionsziel wie die Bundesregierung vorzunehmen.

Es bleibt gerade angesichts dieser Klima-Studie aus der EKD die Frage, ob der gesellschaftliche Einfluß der Kirche noch so groß ist, wie es der Text annimmt bzw. zumindest hofft. Sie kann und muß zwar an ihre Gläubigen wie an die Politiker appellieren und die Fachdiskussion möglichst kompetent verfolgen und auswerten. Aber auch sie weiß keinen Königsweg angesichts des Spannungsfelds von individueller Verhaltensänderung, mühsamer politischer Kleinarbeit und teilweise widersprüchlichen gesellschaftlichen Trends. ru

Spaltung

Italiens Katholiken werden sich umstellen müssen

Im Schatten der turbulenten Märzereignisse, wo die italienische Lira wegen der instabilen innenpolitischen Verhältnisse in den Währungskeller rutschte und Ministerpräsident Alberto Dini mit seinem Technikerkabinett bis zum letzten Augenblick um die finanzpolitisch zwingend notwendige Verabschiedung eines Nachtragshaushalts von rund 17 Mrd. DM bangen mußte, spielte sich unter den ehemaligen Christdemokraten, den heutigen Popolari, eine parteipolitische Tragödie ab mit einer Szenenfolge, die italienische Kommentatoren nicht zu Unrecht mit kirchlich-politischen Machtkämpfen des Mittelalters (mit Papstwahl, Papstabsetzung und Gegenpapstwahl, mit Spaltung von Kirche und Reich) vergleichen haben.

Parteichef *Rocco Buttiglione* wird mit der knappen Mehrheit von drei Stimmen im Nationalrat der Partei das Vertrauen entzogen. Dieser verweigert entgegen seiner ursprünglichen Ankündigung den Rücktritt. Die düpierte Mehrheit wählt *Gerardo Bianco*, den ehemaligen DC-Fraktionsvorsitzenden in der Abgeordnetenkammer, zum Nachfolger Buttigliones. Buttiglione seinerseits schließt alle Wähler des neuen Parteichefs, 115 resp. 113, deutlich die Mehrheit der Mitglieder des Nationalrats, aus diesem aus, nachdem er bereits vorher die ihm mißliebigen Mitglieder aus der Parteispitze entfernt hatte. Von der Parteispitze über die Parteizeitung bis zu den lokalen und regionalen Parteiorganisationen entstehen so Doppelbesetzungen und Parallelstrukturen, weil jede Seite die Partei als ganze beansprucht. Nur das Schatzamt blieb vorerst in einer Hand. Und alle Popolari-Abgeordneten stimmten in der Kammer – wohl ein letztes Mal – noch einmal geschlossen ab: für den Nachtragshaushalt der Regierung Dini. Alles weitere werden wohl die Gerichte zu entscheiden haben.

Begonnen hatte der Spaltungsprozeß bereits Wochen vorher, als Rocco Buttiglione mit *Silvio Berlusconi*, den Wahlgewinner vom März 1994, eine Absprache traf, „seine“ Popolari in ein Bündnis mit Berlusconi's „Forza Italia“ und damit indirekt mit der mit Berlusconi verbündeten Alleanza Nazionale, den „Postfaschisten“ Gilanfranco Finis zu führen, und als die Vertreter der linken Mitte in der Partei mit einem deutlichen Votum für *Romano Prodi* reagierten, der fast gleichzeitig seine Kandidatur als Ministerpräsident einer von den Postkommunisten *Massimo D'Alema*s bis zu den Popolari reichenden linken Mitte ankündigte (vgl. HK, März 1995, 118).

Schon damals ließen sich die Folgen absehen. Wenn die Spaltung dennoch nicht formal vollzogen wurde, dann einerseits, weil die „Parteilinke“ in der nicht unbegründeten Überzeugung, bei Mitgliedern und Sympathisanten deutlich in der Mehrheit zu sein, sich nicht einfach aus der Partei herausdrängen lassen wollte, und weil andererseits But-

tiglione hoffte, nach dem Ausscheiden linker Mehrheiten absprachegemäß die Partei als ganze in das Bündnis mit Berlusconi führen zu können.

Der auf Selbstüberschätzung beruhenden Ansicht Buttigliones waren wohl auch führende Männer im Vatikan, wo diesem bis in die Vorzimmer des Papstes die Türen offen stehen, und auch die römischen Spitzen des Episkopats, der während einer Sitzung seines Ständigen Rates vom Mißtrauensvotum gegen Buttiglione überrascht wurde. Die Neigung, Buttigliones Kurs einschließlich seiner Entscheidung für ein Rechtsbündnis zu stützen, war nicht an Stellungnahmen von Kardinälen außer Diensten, die als Rechtsaußen gelten, wie der österreichstämmige Kardinal *Alfons Stickler*, der Alt-, Neo- und Postfaschisten auf deren Parteitag einen Gottesdienst zelebrierte, oder des *Silvio Berlusconi* mit Sympathien begleitenden Kardinals *Silvio Oddi*, sondern auch an sybillinischeren Äußerungen von Kardinalstaatssekretär *Sodano* und von Kardinal *Ruini*, dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, und vor allem an der Kommentierung der kirchenoffiziösen Zeitungen, des „Osservatore Romano“ (Vatikan) und des „Avvenire“ (Bischofskonferenz) abzulesen.

Was so aussah, als wolle man die bislang stets betonte „politische Einheit der Katholiken“ bis zum letzten Rest verteidigen (rechte und linke DC-Minderheiten waren ja bereits im Stadium der Gründung der Popolari-Partei eigene Wege gegangen), war in Wirklichkeit von der Überlegung bestimmt, im Bündnis mit Berlusconi, dem man langfristig keine große Zukunft zutraut, die Wählerschaft von der Mitte bis rechts für eine politisch konservative Volkspartei katholischer Prägung als Ersatz für die alte DC zurückzugewinnen. Eine politisch durchaus rationale Überlegung, für deren Umsetzung allerdings die Stärke der Popolari und erst recht die Macht Buttigliones und seiner schmal gewordenen Gefolgschaft nicht ausreicht.

Mit dem Scheitern auch dieses Projekts geht für Italien endgültig eine Ära zu Ende, in der die führende Volkspartei selbstverständlicher Trans-

missionsriemen kirchlicher Vorstellungen in die Politik war. Der Vatikan wie die Bischofskonferenz wie die Katholiken insgesamt werden sich darauf einzustellen haben, daß es diesen Transmissionsriemen künftig auch als Rettungsseil nicht mehr gibt. Die Kirche wird andere Instrumente entwickeln müssen, um sich in Fragen von Staat und Gesellschaft der säkularen Öffentlichkeit verständlich zu machen und Politik und Gesetzgebung mit ihrem Urteil begleiten zu können.

Für die noch nicht wieder stabilisierte Demokratie in Italien kann dies ein Vorteil, für das gesellschaftliche Gewicht des Katholizismus im Lande muß es kein Nachteil sein. Wie es *Pietro Scoppola*, ein in katholischem Milieu hoch angesehener Intellektueller, in einem Kommentar in „La Repubblica“ (18.3.95) formulierte, ist der Katholizismus in der italienischen Gesellschaft „tief und solide genug verwurzelt“, um sich ohne eine katholische Partei quer zu den Parteien politisch Gehör zu verschaffen. ad

Monarch

Der Wahlkampf in Frankreich weckt Fragen an das Präsidentenamt

Daß der Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen wenige Wochen vor dem ersten Wahlgang noch einmal offener denn je werden würde, hätte man im Januar oder Februar kaum für möglich gehalten: So sicher und souverän schien Premierminister *Edouard Balladur* auf dem Durchmarsch in den Elysée und dabei von nichts und niemandem aufzuhalten zu sein. Nachdem der einzige, der ihm in der Anfangsphase des Wahlkampfes diesen Karrieresprung noch streitig machen zu können schien, der frühere EU-Kommissionspräsident *Jacques Delors*, verzichtet hatte, hieß es zunächst: Wer sonst, wenn nicht Balladur?

Je näher das Wahldatum rückte und je klarer sich der Ausgang der